

Reallohnindex um 2,1%. Im Rezessionsjahr 1967 hatte der entsprechende Wert - 2,8% betragen. Dieses Ergebnis ist außer auf die immer noch hohe Inflationsrate auch auf die konjunkturell bedingte Verkürzung der wöchentlich bezahlten Arbeitszeit zurückzuführen. Sobald bei verbesserter Beschäftigungslage wieder generell länger gearbeitet wird, wird der Reallohnindex überproportional steigen. Bei einer Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit im Durchschnitt von neun ausgewählten Handwerkszweigen zwischen Mai 1974 und Mai 1975 um 0,9 Stunden verbesserten sich die effektiven Bruttostundenverdienste um 6,4% und die Wochenverdienste um 4,3%. Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 wurden die Monatslöhne und -gehälter im öffentlichen Dienst generell um 6% heraufgesetzt. Das Volkseinkommen erhöhte sich im ersten Halbjahr 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,6% im Bundesgebiet. Für diese Zunahme war überwiegend die Entwicklung

der Einkommen aus unselbständiger Arbeit (+ 4,6%) maßgebend. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen in der gleichen Zeit nur um 1,1%. Der hiervon den privaten Haushalten zugeflossene Anteil erhöhte sich um 16,9%, weil die nicht entnommenen Gewinne ganz erheblich ermäßigt wurden.

Da für den derzeitigen Konjunkturzyklus der Höhepunkt der nominalen Verdienststeigerungen offensichtlich überschritten ist, sind realistische Lohnerwartungen für 1976 eher gedämpft. Beim ersten Tarifaabschluss dieses Herbstes (Stahlindustrie NRW) wurden Lohnverbesserungen von 6% vereinbart. Dieser Wert wird sicherlich auch in anderen Bereichen eine Rolle spielen, wobei jedoch der Vorbehalt im Gespräch ist, daß bei anlaufender Konjunktur unmittelbar neue Verhandlungsmöglichkeiten gegeben sind.

Dipl.-Volkswirt Karl Sauter

Abiturienten und Studienplatzbewerber

Zahl der Abiturientinnen steigt weiterhin stark an

Im Schuljahr 1974/75 wurden in Baden-Württemberg 20 995 Schüler zur Hochschulreife geführt. Insgesamt 15,7% der Bevölkerung eines Geburtsjahrgangs¹ (im Vorjahr 15,4%) haben die Hochschulreife erreicht. Damit bewegt sich die Abiturientenquote in den vorgesehenen Bandbreiten des Bildungsgesamtplans.

Die Zahl der männlichen Abiturienten (11 800) hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum erhöht, dagegen nahm die Zahl der Abiturientinnen um rund 700 auf 9200 zu. Infolgedessen zeigt die altersspezifische Quote der Mädchen weiterhin einen stark aufwärts gerichteten Trend: sie ist im Vergleich zum Vorjahr von 13,2 auf 14,1% eines Geburtsjahrgangs angestiegen. Dennoch bleibt sie auch weiterhin deutlich unter der Quote der Jungen, die in diesem Jahr allerdings erstmals leicht rückläufig - und zwar von 17,6% im Vorjahr auf 17,3% im Jahr 1975 - gewesen ist.

Weiterhin stark angestiegen ist die Zahl der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife. Sie liegt jetzt bereits weit über 18 000. Demgegenüber ist die Zahl der Absolventen mit fachgebundener Hochschulreife um über 1000 zurückgegangen und beträgt nur noch 2850, das sind etwa so viel, wie 1970 vorhanden waren. Da auch die Zahl der Absolventen mit Fachhochschulreife keine Steigerungstendenz zeigt, sondern rückläufig ist, wird der Trend zur allgemeinen Hochschulreife an den Gymnasien immer augenfälliger. 1975 hatten bereits über 86% aller Absolventen die allgemeine Hochschulreife erworben.

Die vor etwa drei Jahren bei den Abiturienten erstmals festgestellte Tendenz nachlassender Studienwilligkeit hat angehalten. Die Zahl der aus dem Abiturientenjahrgang 1975 zu erwartenden Studienwilligen beträgt 16 800 und ist um rund 1000 niedriger als im Vorjahr. Insgesamt wollen nur noch 75% der Abiturienten studieren. Rund 300 Abiturienten haben 1975 ihre Ausbildung an den drei im Lande vorhandenen Berufsakademien aufgenommen. Wie aus der Zahl der eingegangenen Bewerbungen und den von den Abiturienten geäußerten Studienwünschen hervorgeht, wird dieser Ausbil-

¹ Bei der Berechnung der durchschnittlichen Abiturnote je Geburtsjahrgang wird die Zahl der Abiturienten in Beziehung gesetzt zur Hälfte der Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis unter 20 Jahren.

dungsgang als attraktive Alternative zum Hochschulstudium angesehen.

Erstmals Bonus für die Bewerber um Studienplätze aus Baden-Württemberg

Bei der Bewerbung um einen der unter Zulassungsbeschränkungen stehenden Studienplätze haben die Kandidaten aus Baden-Württemberg 1975 erstmals seit Vergabe durch die zentrale Verteilungsstelle einen Bonus von 0,1 erhalten. Dies ist aber nicht darauf zurückzuführen, daß die durchschnittliche Abiturnote in Baden-Württemberg schlechter als im Bundesdurchschnitt wäre. Im Gegenteil: Auch 1975 entspricht die

Tabelle 1
Schulerfolg beim Abitur 1975

Schultyp	Schüler am 11. 9. 74	Teil- nehmer an der Reife- prüfung	Erfolg- reich ab- gelegte Prü- fungen	Anteil der nicht bestan- denen Prü- fungen	Durch- schnitts- noten
	Anzahl			%	
Insgesamt	22 759	22 126	20 995	5,1	2,90
davon					
Allgemeinbildende Gymnasien	17 185	16 756	15 840	5,5	2,91
darunter					
Gymnasien Normalform ...	15 984	15 679	14 896	5,0	2,91
Aufbaugymnasien	386	370	340	8,1	2,88
Waldorfschulen	179	134	122	9,0	2,82
Abendgymnasien	408	316	288	8,9	2,96
Kollegs	195	172	141	18,0	2,97
Berufliche Gymnasien	5 574	5 370	5 155	4,0	2,86
darunter					
Wirtschafts- und Wirt- schaftsaufbaugymnasien ..	3 397	3 250	3 109	4,3	3,17
Technische Gymnasien ...	1 207	1 182	1 143	3,3	2,66
Frauenberuf. Gymnasien ..	487	472	459	2,8	2,71
nachrichtlich					
Gymnasien mit reformierter Oberstufe					
allgemeinbildende Gymnasien	1 023	996	980	1,6	2,55
berufl. Gymnasien	1 079	1 033	988	4,4	2,75

durchschnittliche Abiturnote wie in den Vorjahren auch, dem Bundesdurchschnitt. Der Bonus ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß die Bonus-Malus-Regelung des Staatsvertrages die Berechnung der Notendurchschnitte nur auf eine Kommastelle ohne Rundung vorsieht. Bei dieser Berechnungsart ergibt sich für Baden-Württemberg ein Notendurchschnitt von 2,9 – gegenüber einem solchen von 2,8 für das Bundesgebiet. Erweitert man die Berechnung der Notendurchschnitte um einige Kommastellen, so errechnet sich für Baden-Württemberg eine durchschnittliche Abiturnote von 2,903, für das Bundesgebiet eine solche von 2,899, so daß Baden-Württemberg also nur um vier Tausendstel hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt.

Würde die Bonus-Malus-Regelung des Staatsvertrages nicht allein auf die erste Kommastelle der Notendurchschnitte abgestellt sein, sondern wäre eine weitere Differenzierung vorgesehen, dann wären auch nicht diese gravierenden Unterschiede zwischen den Ländern aufgetreten und dann hätten sich auch nicht die relativ hohen Gutschriften bzw. Abzüge für die einzelnen Abiturnoten ergeben.

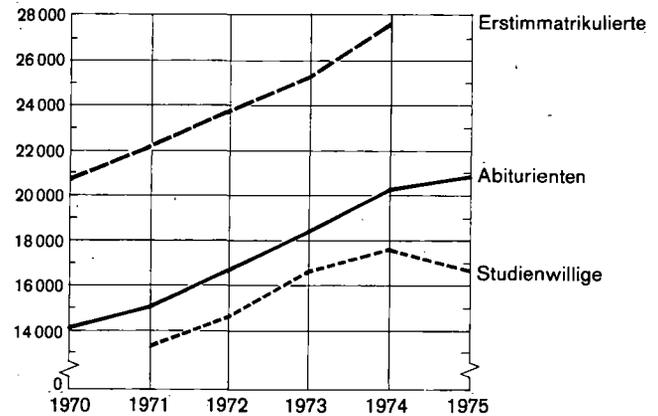
Für die Vergabe der Studienplätze werden die Bewerber in drei Gruppen aufgeteilt; die Zuteilung erfolgt dann nach Leistungsfällen, Wartezeiten und Härtefällen getrennt.

Obwohl die durchschnittlichen Abiturnoten in Baden-Württemberg dem Bundesdurchschnitt entsprechen, ist das Land bei der Vergabe von Studienplätzen im reinen Leistungsbereich unterrepräsentiert. Dies ist darauf zurückzuführen, daß der Anteil von Abiturienten mit besonders studienplatzsicheren Noten in Baden-Württemberg immer noch vergleichsweise geringer als in anderen Bundesländern ist. Dabei erhöhte sich die Zahl der Abiturienten mit Noten über dem Landesdurchschnitt von 32,7% im Vorjahr auf 35,1%. Allein der Anteil der Abiturienten mit Noten von 1,9 und besser stieg innerhalb eines Schuljahres von 5,8% auf 6,5%. Unter Berücksichtigung des Bonus von 0,1 bedeutet dies eine reale Erhöhung um 9,0%. Die Abiturnoten weisen zwischen den einzelnen Schulen bemerkenswerte Unterschiede auf, je nach Zugehörigkeit der Schulen zu einer Region bzw. einer Schulart. Über den Schulerfolg beim Abitur 1975 geben nachstehende Tabellen einen Überblick. In ihnen wird deutlich, in welcher positiver Weise die durchschnittliche Benotung in den reformierten Oberstufen von den anderen Schultypen abweicht. Die offensichtlich besseren Noten an diesen Schulen lassen jedoch nicht ohne weiteres den Schluß auf eine Überlegenheit dieses Schultyps zu. Es kann aber an dieser Stelle nicht auf die Problematik der reformierten Oberstufen eingegangen werden, es sei nur der Hinweis angebracht, daß durch die Möglichkeit der Abwahl von „ungelegenen“ Fächern der Leistungsvergleich mit den Normaltypen der Gymnasien beeinträchtigt wird.

Baden-württembergische Studenten in den wichtigsten Fächern unterrepräsentiert

Zur Beurteilung der Frage eines adäquaten Zulassungsverfahrens ist eine differenziertere Betrachtung unter Berücksichtigung der einzelnen Studienfächer erforderlich. Der Anteil Baden-Württembergs an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebiets beträgt 14,9%; an der Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren entfällt auf das Land ein Anteil von 15,4%. Nachdem sich bei den auf Baden-Württemberg entfallenen

Abiturienten, Studienwillige und Erstimmatrikulierte¹⁾ 1970 bis 1975



¹⁾ Neueingeschriebene Studenten an allen Hochschulen zusammen; jeweiliges Sommersemester und darauffolgendes Wintersemester

38875

Studienplätzen unter Berücksichtigung der Nachrückverfahren für das Sommersemester 1974 und das Wintersemester 1974/75 eine Zuteilungsquote von 15,1% ergibt, hat das Land nicht ganz so viel Studienplätze erhalten, wie es sich auf Grund seines altersspezifischen Bevölkerungsanteils errechnen ließe. Diese Quote bezieht sich auf die Gesamtzahl aller zugeteilten Studienplätze, also auf die Verteilung aus Leistungen, Wartezeiten und Härtefällen.

Zusätzlich muß jedoch noch berücksichtigt werden, daß Baden-Württemberg allein 17,4% aller im Bundesgebiet zur Verteilung kommenden Studienplätze zur Verfügung stellt. Aus der Zahl der zugeteilten Studienplätze ergibt sich also, daß das Land zwar fast so viel Studienplätze erhalten hat, als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht, aber dennoch längst nicht so viel, wie es auf Grund seiner Bemühungen um den Ausbau der Hochschulkapazitäten erwarten könnte. Baden-Württemberg hat also im Gegensatz zu einer Reihe von anderen Bundesländern den Ausbau seiner Hochschulkapazität an den im Lande erworbenen Hochschulberechtigungen orientiert. Untersucht man, wie sich die Zulassung von baden-württembergischen Studenten in den ausgewählten Semestern auf die einzelnen Studienfächer verteilt, so zeigt sich deutlich, daß unser Land gerade in den Studienfächern erheblich unterrepräsentiert ist, denen in gesellschaftspolitischer Hinsicht und von seiten der Studenten allgemein die größte Bedeutung beigemessen wird.

So stellt das Land zwar im Studienfach Medizin 16% aller im Bundesgebiet vorhandenen Studienplätze zur Verfügung, erhält selbst aber nur 13,7% aller Zulassungen, weniger noch also, als dem adäquaten Bevölkerungsanteil entsprechen würde. Aus der Übersicht geht hervor, daß die deutliche Unterrepräsentation ebenso für die Studienfächer Biologie (13,7% aller Zulassungen), Pharmazie (13,8%), Psychologie (13,4%), Zahnmedizin (12,2%) und Tiermedizin (9,4%) gilt. Im Studienfach Tiermedizin ist eine besondere Situation insofern vorhanden, als das Land für dieses Studium keinerlei

Tabelle 2
Verteilung der Notendurchschnitte beim Abitur

Schuljahr	Reifeprüfungen insgesamt	Davon mit einem Notendurchschnitt von ... bis ...							
		1,0 bis 1,4	1,5 bis 1,9	2,0 bis 2,4	2,5 bis 2,9	3,0 bis 3,4	3,5 bis 3,9	4,0 und schlechter	
1974/75	Anzahl	20 995	298	1 079	3 053	5 099	7 297	3 943	226
	%	100	1,4	5,1	14,5	24,3	34,8	18,8	1,1
1973/74	Anzahl	20 220	245	932	2 840	4 570	7 122	4 201	310
	%	100	1,2	4,6	14,0	22,6	35,2	20,8	1,5

Tabelle 3

Vergabe von Studienplätzen im Studienjahr 1974 (SS 74 und WS 74/75)

Studienfach	Studienplätze			Bewerbungen			Zulassungen ¹⁾			Zulassung in % der Bewerbungen	
	Bundesgebiet Anzahl	Baden-Württemberg Anzahl	% Bundesgebiet	Bundesgebiet Anzahl	Baden-Württemberg Anzahl	% Bundesgebiet	Bundesgebiet ²⁾ Anzahl	Baden-Württemberg Anzahl	% Bundesgebiet	Bundesgebiet	Baden-Württemberg
Insgesamt	30 455	5 419	17,8	95 581	14 687	15,4	36 842	5 546	15,1	38,5	37,8
darunter											
Architektur	1 475	285	19,3	3 388	563	16,7	1 904	320	16,8	56,2	56,8
Biochemie	68	58	85,5	345	88	25,5	95	25	26,3	27,5	28,4
Biologie	1 359	293	21,6	3 732	524	14,0	1 602	220	13,7	42,9	42,0
Chemie	4 290	846	19,7	2 396	379	15,8	5 935	930	15,7	247,7	245,4
Lebensmittelchemie	249	23	9,2	712	135	19,0	341	58	17,0	47,9	43,0
Medizin	7 031	1 122	16,0	41 282	6 604	16,0	7 524	1 030	13,7	18,2	15,6
Pharmazie	1 651	275	16,7	9 710	1 355	14,0	1 849	256	13,8	19,0	18,9
Psychologie	2 533	415	16,4	10 823	1 553	14,3	3 056	410	13,4	28,2	26,4
Tiermedizin	693	—	0	3 250	398	12,2	753	71	9,4	23,2	17,8
Zahnmedizin	1 250	189	15,1	8 558	1 189	13,9	1 412	172	12,2	16,5	14,5
Bauingenieurwesen ³⁾	2 324	580	25,0	2 037	370	18,2	2 818	510	18,1	138,3	137,2
Elektrotechnik ³⁾	3 017	480	15,9	2 929	582	19,9	3 283	642	19,6	112,1	110,3
Lehramt Gymnasien	3 415	793	23,2	4 976	789	15,9	4 322	774	17,9	86,9	98,1

¹⁾ Zulassungen insgesamt (Leistungs-, Wartezeit- und Sonderzulassungsbereiche). — ²⁾ Ohne Berücksichtigung von deutschen Studienbewerbern mit Wohnsitz im Ausland. — ³⁾ Zulassungen erfolgten erstmals im WS 1974/75 zentral über die ZVS. — Quelle: ZVS (Bundesverfahren).

Studienmöglichkeit anbietet. Baden-württembergische Studenten müssen also das Studium dieses Fachs in anderen Bundesländern aufnehmen. Andererseits stellt das Land aber im Studienfach Biochemie 85% aller im Bundesgebiet vorhandenen Studienplätze; dieses Fach kann außer in Baden-Württemberg nur noch in Berlin studiert werden. Nimmt man die altersspezifische Anteilquote von 15,4% des Landes an den Achtzehn- bis unter Einundzwanzigjährigen des Bundesgebiets als Vergleichsbasis, dann erhält Baden-Württemberg vor allem in den ingenieurwissenschaftlichen Studienfächern höhere Zulassungsquoten. Dies gilt nicht nur für Architektur, sondern auch für Bauingenieurwesen und Elektrotechnik, ebenso wie für die zulassungsbeschränkten Studienfächer des Studiengangs „Lehramt an Gymnasien“. Mit Ausnahme vom Fach Elektrotechnik bleiben aber die auf Baden-Württemberg entfallenden Anteile an Studienplätzen jeweils unter dem Anteil, den Baden-Württemberg dem Bund an Studienplätzen zur Verfügung stellt.

Mehr Zulassungen als Studienplätze

Im Durchschnitt des Bundesgebiets werden auf die zur Verfügung stehenden Studienplätze 21% mehr Bewerber zuge-

lassen als tatsächlich Studienplätze vorhanden sind. Dem Bund standen insgesamt 30 455 Studienplätze zur Verfügung, jedoch wurden 36 842 Zulassungen ausgesprochen. So kommt es, daß aus Baden-Württemberg, obwohl es 17,8% aller Studienplätze stellt, aber nur 15,1% aller Zulassungen erhält, 5546 Studenten zugelassen werden, obwohl nur 5419 Studienplätze zur Verfügung gestellt werden.

Im Vergleich zum Durchschnitt des Bundesgebiets, in dem auf 100 Bewerbungen 38,5% Zulassungen ausgesprochen wurden, ist auch bei der Quote der Zulassungen je Bewerbungen, Baden-Württemberg mit nur 37,8% relativ schlechter gestellt. Mit Ausnahme der Fächer Architektur und Biochemie erhält das Land in allen anderen ausgewählten Studienfächern im Vergleich zu den Bewerbungen ungünstigere Zulassungsquoten als im Durchschnitt des Bundesgebiets. Dies trifft besonders auf die Fächer Lebensmittelchemie, Medizin, Tier- und Zahnmedizin zu.

Ob die Berücksichtigung baden-württembergischer Studenten in den Studienfächern, in denen diese bisher unterrepräsentiert waren, infolge des Bonus von 0,1% Punkten auf die Abiturnote im Studienjahr 1975/76 günstiger sein wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden, da noch nicht alle Nachrückverfahren für das Wintersemester 1975/76 abgeschlossen sind.

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Festerling

Buchbesprechung

G. Kirsch und W. Wittmann (Herausgeber)

Nationale Ziele und Soziale Indikatoren

Reihe Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Bd. 1, Gustav Fischer-Verlag, Stuttgart 1975, 172 Seiten, kart. 19,80 DM.

Die Reihe Wirtschaftswissenschaftliches Seminar soll vom Thema her gesehen sowohl Arbeitsgrundlage sein für wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen als auch zur Fortbildung in der Praxis tätiger Wirtschaftswissenschaftler dienen.

Mit Hilfe von „klassischen“ Aufsätzen, neben bisher unveröffentlichten Originalbeiträgen, suchten die Herausgeber die Grenzen Nationaler Zielforschung und die Leistungs- und Aussagefähigkeit Sozialer Indikatoren aufzuzeigen.

Mit der vorliegenden Auswahl von Beiträgen von Bartholomäi, Henriot, Jacobi, Kirsch, Mackscheidt, Novy, Olson, Pipping, Rahmann, Rürup, Steinhausen und Wittmann, auf die hier im einzelnen nicht eingegangen werden kann, wurden die Herausgeber ihren Zielsetzungen sicher in einem hohen Maße gerecht.

Wünschenswert wäre zwar auch ein Beitrag aus datenorientierter Sicht gewesen, der über die aufgezeigten theoretischen Probleme hinaus, die Schwierigkeiten und Kosten der Umsetzung in die Praxis hätte veranschaulichen können. Doch auch ohne diesen kann dieser preiswerte informative Band zu einem der aktuellen Probleme der Wirtschaftspolitik den o. a. Zielgruppen empfohlen werden.

Adalbert Ullrich